

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

geändertes Protokoll

28. nichtöffentliche/öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 07.03.2019
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 20:50 Uhr
Ort, Raum: BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne	
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Frau Petra Schrader	DIE LINKE	
Herr Dimitri Golodni	CDU	
Frau Josephine Dietzsch	FDP	
Herr Michael Fleisch	JHA stellv. BD	Vertretung für: Frau Heidemarie Depil
Frau Andrea Lang		
Herr Dirk Stiebritz		
Frau Sabine Walther	JHA BD	
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin	
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser		
Frau Alexandra Däxl	JHA beratendes Mitglied	
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied	
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände	
Herr James Rosalind	JHA beratendes Mitglied	
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	JHA BD aus dem Integrationsausschuss	

Sitzungsleitung: Herr Siewer (Vorsitzender)

Protokoll: Frau Ersek (BVV-Büro)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorliegend behandelt.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Ausschluss der Öffentlichkeit bei TOP 10 zu. Der Teilnahme von Frau Grass bei TOP 10 wird einstimmig zugestimmt.

zu 2 Genehmigung des Protokolls zur Sitzung vom 29.01.2019

Der TOP wird vertagt.

zu 3 Mitteilungen

zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob der Vorschlag des JHA bzgl. der Verwendung der Erbschaft Friesecke abschließend sei und an das Bezirksamt weitergeleitet werden könne. Der JHA hatte sich verständigt, aus der Vorschlagsliste des Jugendamtes zwei Maßnahmen zu streichen.

Der Ausschuss erhebt keine Einwände und wünscht auch keine Änderung.

Der Vorsitzende wird die Liste an Herrn BzBm von Dassel weiterleiten.

zu 3.2 des Bezirksamtes

Die Mitteilungen des Bezirksamtes sind vorab per E-Mail zur Verfügung gestellt worden.

Streik an den Tagen 26./27.02.2019

Viele Kolleg*innen, insbesondere des RSD und des KiSchuTeams haben gestreikt. Ein Notdienst war eingerichtet worden.

Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)

Das BTHG soll ab dem 01.01.2020 in Kraft treten. In ihrem gemeinsamen Gespräch mit Herrn BzBm von Dassel, Herrn BzStR Gothe sowie den jeweiligen Amtsleitungen habe man sich auf ein „Haus der Teilhabe“ verständigt. Ggf. wirke sich diese innovative Veränderung als gutes Beispiel auf die anderen Bezirke aus.

Koordinatorin für das Netzwerk Alleinerziehende:

Diese Kollegin ist seit Januar 2019 eingesetzt. Die Stelle werde von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung finanziert und sei beim AWO-Kreisverband Mitte angesiedelt.

Kristall Grundschule:

Der Träger tjfbg gGmbH habe über die Planung informiert, das am Standort Tegeler Straße vorhandene Gebäude aufzustocken. Frau BzStRätin Reiser werde den Ausschuss über das Vorankommen informieren.

Aktionswoche gegen Rassismus:

Frau BzStRätin Reiser wirbt für die Aktionswoche und teilt Flyer dazu aus. Die Auftaktveranstaltung am Sonntag werde jedoch ausfallen.

Frau Walter (BüDep) informiert zu dem neu gestalteten Kinderbuch, erschienen über den Carlsen Verlag, zu dem sie im Ausschuss ein paar Exemplare verschenkt.

Broschüre 5 Jahre Demokratiefonds Berlin

Herr Lehmann teilt dem Ausschuss die Broschüren aus und informiert über die Förderungen.

KSSP-Mittel:

Herr Lehmann informiert zum aktuellen Stand.

Vom Straßen- und Grünflächenamt werden 10 Maßnahmen für Spielplätze umgesetzt, mit einem Gesamtvolumen von 1,187 Mio. €. An die anderen Bezirke werden 516.000,- € gegeben.

Von den 910.000,- € fließen nochmal 618.000,- € in die Umgestaltung von Spielplätzen

für Kinder und Eltern in diesem Bezirk.

Berlin-Tag am 02.03.2019

Die Stellenbörse für die pädagogischen Berufsfelder (Kita, Schule und inzwischen auch Jugendämter). Der RSD war vertreten und spontan auch eine Präsentation übernommen. Dafür geht ein großer Dank an die beiden Kolleginnen.

Antrag auf Entsperrung von Haushaltsmitteln im Kapitel 4010 Titel 67103 i.H.v. 200.000€

Der Vorsitzende informiert, dass die Mittel vom Hauptausschuss freigegeben worden seien.

zu 4 Personal-und Transferbedarfe (§§ 11, 13,16 KJHG) für den HH 2020/21

Die „Vorlage zum Haushalt 2020/21“ ist den Ausschussteilnehmern vorab zur Einsicht übersandt worden.

Frau BzStRätin Reiser erläutert die Vorlagen und Frau Goral die Tabellen. Sie informiert, dass das Haushaltsjahr 2018 voraussichtlich mit einer Punktlandung bei den Ausgaben abgeschlossen werde. Das Kosten- und Leistungsrechnungsergebnis (KLR-Ergebnis) werde ggf. positiv ausfallen.

Im kommenden Haushaltsjahr würden nicht mehr so viele Mittel zur Verfügung stehen. Die Investitionsmittel seien in einem anderen Teil des Haushaltsplans veranschlagt.

Die Ausschussmitglieder hinterfragen die Planung, insbesondere die ausschließliche Benennung von Mindestbedarfen.

Herr Dehnert führt aus, dass die Mehrbedarfe bis zum Ende des Monats beim Haushaltsamt angemeldet werden müssen und ein Aufschlag von 5% die Tarifierhöhungen nicht ausgleiche. Berechnungen werden noch vorgenommen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die BVV keine Summenvorgaben machen kann, ohne die Bedarfe des Jugendamtes zu kennen. Der JHA könne dem folgend dem Jugendamt auch keinen die Prüfung auslösenden Auftrag geben. Das Jugendamt könne dem JHA verschiedene Szenarien vorlegen, sodass auf die Grundlage die Haushaltsberatungen beginnen könnten.

Für interfraktionelle Gespräche, auch in den Arbeitsgruppen, könnte die Zeit jetzt knapp sein.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE regt an, die neue Produktpalette des Jugendförderungsgesetzes im JHA in der Tiefe vorzustellen.

Den Bezirken werde der Haushaltsabschluss 2018 im März 2019 vorliegen, inklusive der Basis Korrekturen. Erst wenn der Bezirk weiß, in welcher Höhe die Globalsumme zugeteilt werde, können Bedarfe formuliert werden. Die BVV könne dann auch eigene Akzente setzen. Die Hinweise der Fachabteilung werden dann benötigt. Der JHA sollte eigene Schwerpunkte in der Haushaltsberatung setzen, das setze aber voraus, dass sich die Mitglieder einig sind.

Der Vorsitzende bittet das Jugendamt, einen gesonderten Haushaltsberatungstermin für den Ausschuss anzusetzen, ggf. vor der nächsten Sitzung.

Das Thema „Kita-Platz und Personalbedarfe“ werde auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung gesetzt.

zu 5 Abstimmung Ergebnisse AG Förderverfahren

Die AG Förderverfahren wurde von Herrn Beckmann und Herrn Lehmann geleitet.

Herr Lehmann berichtet, dass die AG sehr gut und konstruktiv getagt habe, sodass ein Sitzungstermin ausreichend war, um eine Abstimmungsvorlage zu erarbeiten. Diese ist dem JHA vorab übersandt worden.

Zur vorgenommenen Änderungen im Dokument „Förderprioritäten_Mitte_2019“, in grüner

Schrift gehalten, stehe Herrn Hänsgens Stellungnahme aus.

Die heutige Abstimmung erfolgt daher mit dem Hinweis, dass der in grün markierte Satz im Dokument „Förderprioritäten...“ unter Vorbehalt stehe, bis Herr Hänsgen sich dazu positioniert.

Die Vorlage wird einstimmig mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

zu 6 Berichterstattung aus den AG'en 78

Brief von „Kulturen im Kiez“

Der Vorsitzende verliest einen Brief von „Kulturen im Kiez“, der ihm zum Thema „Maxplatz“ übergeben worden ist. In diesem wird darum gebeten, das Thema „Gestaltung des Maxplatzes“ auf die Tagesordnung des JHA zu nehmen.

Herr Wichert informiert, dass Mittel aus dem Projekt „experimentelles Wohnen im Stadtumfeld (exWoSt)“ gestellt worden seien.

Frau Homann (AG Beteiligung) merkt an, dass die Bürgerbeteiligung im Blick behalten werden sollte. Die Ressourcen ihrer Organisation könnten eingebracht werden.

Der Vorsitzende nimmt das Thema für die kommende Sitzung auf.

AG Beteiligung, Frau Homann

- Jugendjury-Projekt
Frau Homann verteilt Flyer zum Jugendjuryprojekt und informiert den Ausschuss über die bevorstehende Veranstaltung am 14.05.2019, die am Fernsehturm mit dem Aktionsraum JARA stattfinden werde.
- BEN-Mitte
Frau Homann informiert, dass BEN-Mitte eine Abfrage zu den Freizeitbedarfen von geflüchteten Jugendlichen durchführen werde.

AG Kiezplenum Sparrplatz, Herr Kühbauer

Bezugnehmend auf den 70. Jahrestag der „allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ berichtet Herr Kühbauer, dass er mit den Jugendlichen das Literaturfestival Berlin besucht habe, mit dem Ziel, die Kinder und Jugendlichen mithilfe des Films mit der Thematik zu beschäftigen. Daraus soll ein Filmprojekt entstehen.

Herr Wichert:

Herr Wichert weist auf die Ausstellung vor dem Ausschussraum hin, die auch der BVV am 21.02.2019 präsentiert worden sei. Die Ausstellung soll verdeutlichen, was mit den bewilligten Mitteln umgesetzt worden sei. Die Reaktionen vor der Sitzung der BVV seien positiv gewesen. Er würde sich freuen, ein Feedback seitens der Fraktionen erhalten zu können.

Frau Schauer-Oldenburg berichtet von ihrer Sitzung des Quartiersrat, in dem man sich u.a. mit der Kinderarmut beschäftigt habe. Sie begrüße das Projekt.

Herr Wichert bittet, das „Jugendfördergesetz“ vertiefend zu thematisieren, um sich dem Land gegenüber dazu positionieren zu können.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE informiert zum parlamentarischen Geschäftsgang. Sie sehe in dem Gesetzesentwurf und der Rechtsverordnung eine Verbesserung der Chancen, auch für den Bezirk Mitte.

Der Vorsitzende sagt zu, es für die kommende Sitzung auf die TO zu nehmen und Frau Stappenbeck aus der Senatsverwaltung einzuladen.

Der Vorsitzende bittet, die Zielsetzung des Besuchs vorab zu besprechen. Für diese Besprechung möchte er Frau BV Schrader, Frau Walter, Frau BzStRätin Reiser sowie Frau Goral einladen.

AG im Kita-Bereich, Frau Graß:

Frau Graß berichtet, dass in der Sitzung der AG über die Antwort an den Petitionsausschuss gesprochen worden sei. Aus diesen vielen gestellten Fragen zeichnete sich Unverständnis ab, dass Quereinsteiger nach unterschiedlichen Maßstäben und nicht nach einheitlichen Vorgehensweisen eingestellt werden.

zu 7 Vorschläge zur Wahl von Bürgerdeputierten durch die BVV

Frau Walter (BüDep) informiert den Ausschuss über ihren Rücktritt nach der Sitzung im Juni 2019. Frau Derwenskus-Böhm werde nachrücken.

Herr Lehmann (Jugendamt) informiert, dass nach aktueller Beschlusslage der JHA der jeweilige Stellvertreter automatisch nachrücke, eine Abstimmung somit nicht erneut erforderlich sei. Lediglich die Position der Stellvertretung stehe zur Abstimmung aus.

Das Jugendamt werde sämtliche offenen, und damit neu zu besetzende Positionen gemeinsam in einem Aufruf zur Bewerbung veröffentlichen.

zu 8 Beratung von Drucksachen

zu 8.1 Integration durch neue Jugendzentren in Mitte fördern!

Drucksache: 1473/V

Nach ausführlicher Erörterung wird zur Klärung noch offener Fragen der TOP vertagt.

zu 8.2 Schließzeiten im Jugendamt Mitte verkürzen, kundenorientiert handeln

Drucksache: 1734/V

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV mehrheitlich die Ablehnung des Antrags (1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme eines BüDep, 2 Nein-Stimmen der Fraktion Bü90/Die Grünen, 1 Nein-Stimme der Fraktion der SPD, 2 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 3 Nein-Stimmen der BüDep, 1 Enthaltung der Fraktion der AfD)

zu 9 Verschiedenes

Frau BzStRätin Reiser nimmt Ergänzungen zu TOP 4 vor.

Aufgrund der Nachfragen zur Übersicht mit den Mindestbedarfen bietet sie einen zusätzlichen Besprechungstermin an.

In der 11. Kalenderwoche (KW) sei bereits ein Gesprächstermin zum Haushalt 2020/21 mit den Sprecher*innen der AGn Jugendarbeit angesetzt. Sie schlägt vor, sich mit den Mitgliedern des JHA am 27.03.2019 ab 17:30 Uhr zu treffen.

Eine Einladung werde das Jugendamt an die Ausschussmitglieder versenden.

Nichtöffentlicher Teil

zu 10 IBV Triftstraße 12 (nichtöffentlicher Teil)

Das Protokoll zum nichtöffentlichen Teil liegt den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

gez.
T. Siewer
Vorsitzender

Ersek
Protokollantin